

Sparstift im Sozialbereich

Das Budget für Menschen mit Behinderung wird um 50 Prozent gekürzt. Noch kräftiger fällt das Minus bei der Armutsbekämpfung aus – hier gibt es statt 269 nur mehr 130 Millionen.

Die Budgetnot bringt bittere Einsparungen auch im Sozialbereich. Vor allem bei Menschen mit Behinderungen und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung wird der Rotstift angesetzt. Sie habe von der Vorgängerregierung „ein ordentliches Rucksackerl“ übernommen, so Sozialministerin Korinna Schumann. So sei für Projekte wie die persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen zwar eine Anschubfinanzierung bereitgestellt worden, man habe sich aber nicht um eine nachhaltige Finanzierung gekümmert.



Sozialministerin Korinna Schumann muss Sparmaßnahmen im Sozialbereich durchführen

Das Budget für Menschen mit Behinderungen wird um 50 Prozent gekürzt, von 242,3 Millionen im Jahr 2024 auf nur noch 117,8 Millionen im heurigen Jahr. Der Grund dafür ist, dass außertourliche Zuwendungen an den Ausgleichstaxfonds (ATF) und den Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderungen, die der Bund in den vergangenen Jahren geleistet hat, entfallen. Auch 2026 wird der Wert des Jahres 2024 nicht erreicht, aufgrund einer Sonderdotierung des Ausgleichstaxfonds in der

Höhe von 65 Millionen wird das Budget zumindest auf 185,8 Millionen steigen.

Noch kräftiger fällt das Minus bei Armutsbekämpfung aus, und zwar von 269,7 auf 130 Millionen, wobei hier ein Teil auf Budgetumschichtungen zurückzuführen ist.

Die Ministerin begründet die entstandene Lücke im

Ausgleichstaxfonds damit, dass durch die „Insolvenzelle“ große Unternehmen, die bisher in den Fonds eingezahlt hätten, weggefallen seien. Zudem würden sich viele Unternehmen Ausgleichszahlungen ersparen, indem sie Menschen mit Behinderungen geringfügig anstellen. Es sei ihr aber gelungen, das Budget für den Aus-

gleichstaxfonds durch eine Sonderdotierung im Jahr 2026 zu stabilisieren. Zudem hofft sie, Einsparungen bei der Unterstützung von Armut betroffener bzw. armutsgefährdeter Haushalte durch den neuen „Fonds zur Armutsbekämpfung und Sozialen Innovation“ wettmachen zu können.

Petja Mladenov

Christian Tesch, Geschäftsführer von eocolution, das die Umfrage initiierte: „Das Pendlerpauschale ist nicht klimaschädlich – das erhalten Öffi-Pendler nämlich genauso wie Auto-Pendler.“ Öffi-Pendler würden sogar doppelt gefördert: via Öffi-Tickets und Pendlerpauschale. So. Wer das

men, um zu ihrem Job zu kommen. Fazit: „Wir brauchen gute Öffi-Angebote statt bösem Autofahrer-Bashing.“ Tesch kritisiert auch die Grünen trotz all deren Bemühungen wie Klimaticket. „Fünf Jahre grüne Verantwortung für Klima und Verkehr in der Regierung – und immer



Foto: Verein Wegweiser, SEPA Media | Michael Indra